



Versailles - „keine Grundlage für einen dauernden Frieden“

Letzten Samstag hielt der 82jährige ungarische Staatsmann Graf Apponyi in Berlin eine nach Form und Inhalt gleich bedeutende Rede, die in dem vielfagenden Wortspiel: „Die Pariser Friedensverträge, so wie sie sind, bilden keine geeignete völkerrechtliche Grundlage für einen dauernden Frieden.“

Warum nicht? Sie seien aus Rache und Haß geboren. Es sei ihnen nicht an jenem Frieden gelegen, den alle wahren Menschenfreunde als das letzte große Ziel ersehen. Die Sieger wollten ihren neuen Besitzstand sichern. Nichts weiter. Daß ihre Forderungen Konfliktskeime in sich bargen, daß die von ihnen bestrafte Völker in den Friedensbestimmungen ein „beständiges Unrecht“ und einen „unausgelebten Angriff auf ihre Lebensinteressen“ empfänden, kümmerte sie nicht. „Friede und Gerechtigkeit aber seien Korrelat-Begriffe.“

Mit andern Worten: Versailles ist eine dauernde Friedensgefahr.

Wie aber dem abhelfen? Apponyi, der treueste Anwalt für sein Vaterland, das wie kein anderes durch die Brutalität der Sieger vergewaltigt und verflümmelt wurde, der unentwegt Kämpfer gegen das Schanddiktat von Trianon, einer der größten und klügsten Staatsmänner Europas, ein Mann, der nun 56 Jahre im parlamentarischen Leben steht, sucht nach einem Ausweg aus diesem unseligen Wirrwarr, in das Wilson und seine europäischen Verbündeten unsern Erdteil gestürzt haben. Er, der im Völkerbund als ein Patriarch verehrt wird und auf dessen weisen Rat man in Genf seit acht Jahren ehrfurchtsvoll hörte, Graf Apponyi glaubt, daß in der Sachung des Völkerbunds selbst das Heilmittel genannt sei. Dabei denkt er an den Artikel 19, der lautet: „Die Bundesversammlung kann von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationaler Verhältnisse auffordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte.“

Alle Nachprüfung durch den Völkerbund! Daß Gott erbarm! Jede andere Einrichtung in der Welt eignet sich hierzu besser als der Völkerbund. Jeder ernste Versuch - wenn dieser zusteht, wird übrigens wohlweislich in der Sachung völlig verschwiegen - wird der beteiligte Partner, wird vor allem Frankreich sofort niedererschlagen mit der wichtigen Keule des Artikels 10, wo es heißt: „Die Bundesmitglieder verpflichten sich, die Unversehrtheit des Gebietes... aller Bundesmitglieder zu achten.“

Artikel 10 und 19 sind nun einmal unvereinbare Gegensätze. Artikel 15 war eben ein Zugeständnis, das man Wilson machte. Wilson wollte nämlich nach seinem ersten Entwurf, daß die Völkerbundsversammlung mit Dreiviertel-Mehrheit Gebietsänderungen beschließen könne, wenn die Bevölkerung des fraglichen Gebietes auf Grund des Selbstbestimmungsrechts aus völkischen, sozialen oder politischen Gründen das verlange. Aber man hat dem Artikel 10 und der ganzen Sachung eine solche Fassung gegeben, daß der Artikel 19 praktisch so gut wie bedeutungslos ist. Er ist auch in den 8 Jahren seit Bestehen des Völkerbunds nie zur Anwendung gelangt. Solange der Geist eines Poincaré oder Marin oder Seydoux in Frankreich lebt - und der wird lange leben -, solange bleibt Artikel 19 ein harmloses Schönheitspflasterchen in der Völkerbunds-Sachung, und die von Graf Apponyi geforderte Nachprüfung wird verfallen wie die Stimme des Predigers in der Wüste.

Nicht vom Völkerbund ist die „Nachprüfung“ zu erwarten. Nein. Da müssen andere Wunder und Zeichen geschehen, wenn die Ketten von Versailles gebrochen werden sollen.

Poincarés Entschädigungsplan

Paris, 30. Nov. Im Senatsausschuß für Auswärtiges legten gestern Poincaré und Briand den Standpunkt der französischen Regierung für die Neuregelung der Reparationen dar: 1. die deutsche Schuldsumme und die Zahl der Jahreszahlungen solle nach Maßgabe der französischen Schulden an England und Amerika festgelegt werden (62 Jahre laut dem Mellon-Berenger-Abkommen); 2. die deutsche Schuld solle „kommerzialisieren“ werden durch Auflegung internationaler Anleihen; 3. zugleich sollen politische Verhandlungen über die „Sicherheit“ geführt werden zwecks Einsetzung eines ständigen Ueberwachungs-ausschusses, den Poincaré und Briand jetzt „Feststellungs- und Schlichtungsausschuß“ nennen.

Alle Verknüpfungen, die von deutscher Seite als unzulässig erklärt worden sind, werden also von französischer Seite ausdrücklich aufrechterhalten. Die Ausdehnung der Reparationszahlungen ist, um es gerade herauszusagen, eine

Tagespiel

Die Großherzoglich Luxemburgische Regierung hat den Professor an der Städtischen Akademie der bildenden Künste, Ludwig H a b i c h, mit der Schaffung einer Wüste der Landesherren beauftragt.

Das Befinden des Königs von England hat sich nach dem amtlichen Bericht „leicht gebessert“. Man hielt es aber für rätlich, einen dritten Arzt beizuziehen.

Während der Verhandlung gegen den Mörder des albanischen Gesandten in Prag, Jena Bey, feuerte ein Zuhörer, ein Albaner, im Gerichtssaal in Prag mehrere Schüsse gegen Jena Bey ab und tötete ihn. Durch eine Kugel wurde auch der Berichterstatter eines italienischen Blatts verwundet. Der Täter wurde verhaftet.

Im Roten Heer Sowjetrußlands wurde die selbständige Kommandogewalt, wie sie im Jarenheer üblich war, wieder eingeführt. Die „politischen Kommissare“, die bisher das Rote Heer beaufsichtigten, werden abgeschafft, dagegen wird der Kommandeur des Truppenteils gleichzeitig politischer Kommissar für die politische Erziehung der Truppen.

Zum Dawesplan

Seit dem 1. September 1928 beträgt die Jahresrate, die von Deutschland zu leisten ist, 2500 Millionen RM. Das macht auf den Tag rund 7 Millionen, in jeder Sekunde 80 RM. aus!

Unerschämtheit. In einem Punkt hat der erregte Widerstand der deutschen öffentlichen Meinung doch einen nicht unwichtigen Erfolg gehabt. Der Pariser „Matin“ gibt in einem halbamtlichen Artikel zu, daß die französische Regierung, indem sie die Ernennung von Sachverständigen auf die Pariser Entschädigungskommission übertragen wissen wollte, statt daß die Regierungen von sich aus unmittelbar Vertreter ernennen, wie sie ursprünglich vorgeschlagen habe, ihre anfängliche Haltung in keiner Weise geändert habe. Es handle sich bloß um eine Vorrichtungsmaßnahme im Fall des Scheiterns der Verhandlungen. Dadurch gerade ist die Gefährlichkeit der französischen Absicht erwiesen. Denn wenn die Entschädigungskommission die Sache wieder in die Hand bekommt, dann könnte sie beim Scheitern oder einem den französischen Wünschen nicht entsprechenden Verlauf der Verhandlungen einfach die Neuregelung diktieren, wie sie früher immer getan hat. Bei einem Scheitern der Verhandlungen ist aber die Entschädigungskommission überhaupt nicht zu berufen, sondern der Dawesplan hat weiter in Kraft zu bleiben.

Frankreichs „ungeahnter Aufschwung“

Der bereits erwähnte Bericht des Handelsattachés bei der britischen Botschaft in Paris, Cahill, über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Frankreich, der soeben in Buchform veröffentlicht worden ist, erregt in England größtes Aufsehen, um so mehr, als es bekannt ist, daß Mitteilungen wirtschaftlicher Art in Frankreich nur sehr schwer zu erhalten sind. Cahill betont, daß der ganz ungeahnte wirtschaftliche Aufschwung verschiedenen Ursachen zuzuschreiben sei. Zunächst sei in Frankreich durch den Zerfall seiner Währung, der sich über eine lange Zeit erstreckt habe, weil man es mit der „Stabilisierung nicht eilig“ hatte, die Erzeugung und Ausfuhr begünstigt worden. Die Folgen des Krieges selbst haben günstig gewirkt, sofern der Krieg zur Verpflanzung industrieller Betriebe aus dem gefährdeten Norden ins Innere des Landes und zur Schaffung neuer Industriemittelpunkte führte. Die Industrie sei weitgehend rationalisiert worden. Durch die Wiedergewinnung von Eis- und Kohlenminen seien Frankreich ungeheure wirtschaftliche Werte, besonders an Eisen, Kohle, Kalk usw., zugeführt worden. Einen wesentlichen Anteil an dem Aufschwung habe aber auch der deutsch-französische Handelsvertrag, der für Frankreich außerordentlich vorteilhaft sei.

Die erstaunlichste Folge, sagt Cahill, sei, daß nicht nur Frankreich so gut wie keine Arbeitslosigkeit habe (in ganz Frankreich erhalten nur 700 bis 800 Personen Arbeitslosenunterstützung), sondern daß es 1 1/2 Millionen nichtfranzösischer Arbeiter habe aufnehmen können. Ferner stehen die Staatsfinanzen jetzt auf gesunder Grundlage, die zerstörten Gebiete seien wiederhergestellt, die Ausfuhr sei bedeutend gestiegen, und im allgemeinen habe sich auch die Lebenshaltung des ganzen Volks gebessert. Ein Hauptposten französischer Einnahmen sei der große Fremdenverkehr, der dem Land Werte zuführe, die zwischen ein und zwei Milliarden Mark geschätzt würden. Der Bericht stellt auch fest, daß Frankreich im letz-

ten Jahr zum erstenmal mehr Stahl hergestellt habe als Großbritannien, dessen Ausfuhr nach Frankreich in Kohlen, Eisen, Stahl und technischen Erzeugnissen gegenüber der Vorkriegszeit um fast ein Viertel abgenommen habe.

Neueste Nachrichten

Die Forderungen der Kriegsbeschädigten

England lehnt die Rückgabe des beschlagnahmten Privateigentums ab

Berlin, 30. Nov. Die Arbeitsgemeinschaft für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden hat dem 18. Reichstagsausschuß eine Denkschrift übergeben, in der verschiedene Forderungen geltend gemacht und u. a. der Nachweis geführt wird, daß die Richtlinien für den auf 33 Millionen festgesetzten Härtefonds unzureichend seien.

Besondere Nachdruck legt die Arbeitsgemeinschaft der geschädigten Verbände darauf, daß bei den kommenden Entschädigungsverhandlungen mit den Verhandlungsmächten nicht wieder wie im Sommer 1924 die Ansprüche der Liquidationsgeschädigten unerörtert bleiben. Es hätte manche Entschädigung erspart, wenn die deutschen Vertreter auf der Londoner Entschädigungskonferenz im August 1924 diese Frage zur Sprache gebracht hätten. Die Verhandlungen vor dem Saager Gerichtshof wären für Deutschland vermutlich anders ausgefallen. Die Geschädigten fordern, daß bei der endgültigen Bemessung der deutschen Entschädigungsbelastung die im Versailler Friedensvertrag ausgesprochene Pflicht des Reichs zur Entschädigung der Liquidationsopfer deutlich ausgesprochen und berücksichtigt werde.

Es ist in der Tat unbedingt erforderlich, daß hier Klarheit geschaffen wird und daß die Reichsregierung erklärt, wie weit sie die deutschen Entschädigungsansprüche bei den internationalen Verhandlungen vertreten will. Das im Weltkrieg von England geraubte deutsche Privateigentum sollte angeblich zur Befriedigung von Schäden, die britische Staatsangehörige im Krieg erlitten hätten, verwendet werden. Aber über die reichliche Entschädigung der Briten hinaus sind noch mehrere Hundert Millionen Mark frei. Ministerpräsident Baldwin hat kürzlich erklärt, die englische Regierung denke nicht daran, den Ueberfluß herauszugeben, die deutsche Reichsregierung wird aber nicht umhin können, bei den bevorstehenden Verhandlungen auf den Raub und den völkerrechtswidrigen Eingriff in private Vermögensverhältnisse mit allem Nachdruck hinzuweisen unter Berufung darauf, daß alle andern Verbandsländer das beschlagnahmte deutsche Privatvermögen inzwischen herausgegeben haben.

Ueberlastung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung

Berlin, 30. Nov. Bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung besteht seit einiger Zeit eine finanzielle Spannung. Nach einer halbamtlichen Mitteilung ist über die Wittermeldung, daß die Reichsanstalt vor dem Zusammenbruch stehe, unbegründet. Allerdings habe der Rohstoff angegriffen werden müssen. Von der bevorstehenden Neuordnung der Saisonarbeiterunterstützung erwarte man eine Entlastung der Reichsanstalt.

Boykott gegen Japan in Tientsin

London, 30. Nov. Wie „Times“ aus Tientsin berichtet, entwickelt dort einer der japanischen Verbände in der letzten Zeit eine rege Tätigkeit. Die Verbandmitglieder bilden Streifen, die in den chinesischen Warenhäusern der Eingeborenenstadt auf japanische Waren Jagd machen. Wo solche Waren gefunden werden, werden sie beschlagnahmt, und den Warenhausbesitzern werden Geldstrafen auferlegt. Die chinesischen Kaufleute stellen vorläufig den Geschäftsverkehr ein.

Einigung im Chorzowstreit

Berlin, 30. Nov. In dem Streit um das von Polen geraubte Stickstoffwerk der Oberschlesischen Stickstoffwerke A.-G. (Verfahren Frank-Caro) ist zwischen der Reichsregierung und der polnischen Regierung ein Vergleich zustande gekommen. Die riesigen Stickstoffwerke, deren Wert samt den Patentrechten auf 90 bis 100 Millionen Mark beziffert wurde, wird von Polen nicht herausgegeben und bleibt in polnischem Besitz. Polen zahlt dafür eine Entschädigung von insgesamt 30 Millionen Mark, in Jahresraten von 1,5 Millionen. Davon erhalten die Bayerischen Stickstoffwerke für ihre Patente eine Abfindung von 6 Millionen.

Der sächsische Kultusminister

Dresden, 30. Nov. An Stelle des in das Bankrott übergetretenen bisherigen Volksbildungsministers Dr. Kaiser hat die Deutsche Volkspartei den Vizepräsidenten des Landtags, Professor D. H i c m a n n, Leipzig in Vorschlag

abdrückt. Die demokratische Fraktion des Landtags hat gegen den Vorschlag Einspruch erhoben, weil Hildmann in den Bestrebungen der evangelischen Landeskirche stark hervorgetreten und für den Keudellischen Schulgeheimturf eingetreten sei.

Gesprenzte Versammlung

Frankfurt a. M., 30. Nov. Eine von der Deutschen Volkspartei einberufene öffentliche Versammlung, in der Reichstagsabg. Dr. Cremer-Halle über „Diktatur oder Parlamentarismus?“ sprachen sollte, wurde von den in großer Zahl anwesenden Nationalsozialisten gesprenzt und mußte geschlossen werden.

Die Verhaftung von Angehörigen des Reichsvermögensamts Mainz

Mainz, 30. Nov. Gestern wurden durch die Franzosen Angehörige des Reichsvermögensamts Mainz verhaftet, und zwar der Verwaltungsobersprecher Kraus, der Hauswart Schilling und die Arbeiter Schmidt, Seegraber und Wacker, denen Verstoß gegen die Ordonanz 71 zum Vorwurf gemacht wird. Die Untersuchung wird von der französischen Befehlsstelle geführt.

Bauernunruhen in Schleswig-Holstein

Neumünster, 30. Nov. Unter der Bauernschaft der Provinz Schleswig-Holstein macht sich eine tiefgreifende Gärung gegen den Steuerdruck und die rückstufende Verteilung der Steuern sowie gegen die übermäßige Agrareinfuhr, die Handelsverträge und die Gesetzgebung geltend. Die Erbitterung richtet sich namentlich gegen die Finanzbehörden und die neuen Amtsvorsteher, die jetzt von den Behörden bzw. der preussischen Regierung ernannt werden, während sie früher von den Bauern aus ihren Kreisen und den Gutsbezirken gewählt wurden. Verschiedentlich ist es schon zu Gewalttaten gekommen. In Massenversammlungen wird gegen die „bauernfeindliche Politik“ protestiert, und in verschiedenen Versammlungen wurde zur Steuerverweigerung aufgefordert.

Der Lohnkampf

Severing Schiedsmann

Berlin, 30. Nov. Die gestern angekündigte Absicht des Reichsarbeitsministers Wissell von der unmittelbaren Einschaltung der Reichsregierung in den nordwestdeutschen Lohnkampf wird nun in folgender Weise durchgeführt. Die Einigungsverhandlungen werden in Berlin geführt. Von Seiten der Reichsregierung sind mit der Führung der Verhandlungen der Reichsminister Müller, Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und Reichsarbeitsminister Wissell beauftragt. Die Vertreter der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und der Regierungspräsident sind gestern abend bzw. heute früh in Berlin eingetroffen. Heute vormittag wurden beide Parteien getrennt verhört. Es handelte sich zunächst in erster Linie um die Frage, ob die Parteien den von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Reichsminister Severing als Schiedsmann anerkennen wollen.

Die Arbeitgeber haben Severing als Schiedsmann unter gewissen Bedingungen angenommen, damit ihnen nicht der Vorwurf gemacht werden könne, als ob sie den Lohnkampf in die Länge ziehen wollten. Außerdem wollen sie nur einer Regelung auf längere Frist zustimmen. Die Vertreter der Metallarbeiterverbände haben Severing bedingungslos angenommen.

Der Vermittlungsvorschlag Severings spricht den Arbeitnehmern eine Lohnerhöhung zu, die jedoch unter der Höhe derjenigen des Schiedspruchs bleibt. Der neue Tarif soll etwa ein Jahr in Geltung bleiben.

Sollte eine Einigung herbeigeführt werden, so würden die Betriebe am Montag wieder geöffnet werden. Im anderen Fall würden, wie der „Vokalanzeiger“ schreibt, die Linksparteien im Reichstag den Antrag auf zwingende Öffnung der Betriebe durch ein Notgesetz einbringen.

Die kommunistische „zentrale Kampfleitung“ in Essen fordert vom Allg. Deutschen Gewerkschaftsbund den Generalstreik.

In der Fachzeitschrift „Stahl und Eisen“ erhebt Sandilus Dr. Schlenker in scharfer Form gegen Dr. Curtius den Vorwurf, daß er als Reichswirtschaftsminister vollkommen verfaßt habe.

Deutscher Reichstag

Berlin, 30. November.

Die Technische Nothilfe

Reichsinnenminister Severing gab zu, daß er die Kündigung der Angestellten der Technischen Nothilfe vorläufig verweigert habe, da er die Technische Nothilfe aufheben wolle. Er verwahrte sich gegen den Angriff der Deutschnationalen, die von einem Eingriff in die Rechte des Reichstages oder von einer bewußten Verletzung der Verfassung sprachen. Er sei für die Technische Nothilfe, aber sie könne wirklich nur durch die Gewerkschaften durchgeführt werden. In der Debatte erklärten sich außer den Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten alle Parteien für die Beibehaltung der Technischen Nothilfe, da Staat und Wirtschaft noch nicht so befestigt und fest seien, wie es erwünscht wäre.

Schließlich wird der deutschnationale Antrag auf Aufrechterhaltung der Technischen Nothilfe dem Haushaltsauslaß überwiesen, ebenso der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Technischen Nothilfe.

Anträge zur Reform des Familienrechts

Ein sozialdemokratischer Antrag will eine Änderung der Vorschriften der Ehescheidung dahin, daß die Ehescheidung auch bei Zerrüttung der ehelichen Verhältnisse erfolgen könne. Das Gleiche war von den Demokraten beantragt. Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten verlangen ferner Vorlegung eines Gesetzesentwurfes über die Rechtsstellung der Mutter und ihres unehelichen Kindes, weiter einen Gesetzesentwurf zur Reform des Familienrechts, die der veränderten staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Stellung der Frau entspreche.

Abg. Bräulein Pfälf (Soz.): Man müsse den Verhältnissen des praktischen Lebens gesetzgeberisch Rechnung tragen. Wenn man das Ehescheidungsrecht nicht lockern wolle, dann

werde man einen wertvollen Teil des Volks von der Ehescheidung fernhalten. (Zuruf rechts: Woher wissen Sie denn das alles? Sie sind doch nicht verheiratet! — Heiterkeit.) Die Rednerin weist darauf hin, daß ein Achtei aller in Deutschland geborenen Kinder unehelich sei, in Bayern sogar 15,8 Prozent. (Hört, hört.)

Das Haus unterbricht dann die Beratung, um die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge gegen den Reichsinnenminister Severing vorzunehmen.

Der deutschnationale Mißtrauensantrag wurde mit 280 gegen 101 Stimmen bei 42 Stimmenthaltungen, der kommunistische gegen die Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) wies als Vorsitzender des Rechtsausschusses darauf hin, daß man einer absoluten Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern nicht zustimmen könne. Es könne nicht hinweggesehen werden, daß es in der Tat eine schuldlose Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses gebe. Aus den Tatsachen gehe unüberleglich hervor, daß hier eine Kluft zwischen dem Leben und dem Recht bestehe. Zweifellos könne man von einer „Ehenot“ sprechen. Bei Selbsthilfe durch Schaffung von Ehescheidungsgründen im Weg des Ehebruchs werde das Gerichtsverfahren zur Komödie herabgewürdigt. Trotz aller Einwände könne sich der Reichstag seiner Verpflichtung zu einer Ehescheidungsreform nicht entziehen. Das Dogma von der Unauflösbarkeit der Ehe werde dadurch nicht berührt. Der Redner empfiehlt der Regierung, selbst einen einheitlichen Gesetzesentwurf vorzulegen.

Abg. Frau Arendsee (Komm.) wirft den Parteien vor, daß sie die Unterwürfigkeit der Frau aufrechterhalten wollten.

Darauf wurden die Beratungen abgebrochen. Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Samstag 1 Uhr, außer dem Antrag auf Abschaffung des zollfreien Gefrierfleischkontingents.

Württ. Landtag

Stuttgart, 30. November.

Beamtengefeß

Die heutige Beratung des Landtags über das Beamtengefeß bewegte sich in ruhigen Bahnen und machte erhebliche Fortschritte. Hervorzuhelien ist ein gegen die Stimmen der Bürgerpartei und des Bauernbunds gefaßter Beschluß, wonach die Beamten mit Ausnahme der Minister mit dem 67. Lebensjahr wie bisher zwangsläufig in den Ruhestand treten. Die Regierung hatte aus Ersparnissen eine solche Bestimmung nicht in den Entwurf hereingenommen, wollte also dem Beamten die Möglichkeit geben, je nach Leistungsfähigkeit auch länger dem Staat zu dienen. Abg. Körner (B.) führte gegen die Zwangspensionierung ins Feld, daß man sonst auch bestimmen könnte, daß wer 67 Jahre alt ist, nicht mehr Landtagsabgeordneter sein kann. Es sei für den Staat wertvoll, viele Beamte zu haben, die aus der Fülle ihrer Erfahrungen und Lebensweisheit schöpfen können. Die Abg. Pollich (Z.), Winkler (S.) und Kling (Chr. V.) betonten indessen, daß man mit der Zwangspensionierung „gute Erfahrungen“ gemacht habe, und daß die älteren Beamten hohe Vertretungskosten verursachten.

Angenommen wurde ein Auschutzantrag, wonach Polizeibeamte des Außendienstes und Landjäger auch dann in den Ruhestand versetzt werden können, wenn sie das 60. Lebensjahr vollendet haben. Sie sollen nach einer Erklärung des Staatspräsidenten Dr. Volz nach Möglichkeit im inneren Dienst Verwendung finden. Bezüglich der Hinterbliebenenversorgung wurden komm. und soz. Anträge abgelehnt, wonach auch uneheliche Kinder die Hinterbliebenenversorgung bekommen sollen.

Zum Schluß gegen die sog. „Ehen auf Abbruch“ wurde beschlossen, daß, wenn die Witwe mehr als 20 Jahre jünger ist als der Verstorbene, ihre Versorgung für jedes angefangene Jahr des Altersunterschieds über 20 Jahre bis einschl. 30 Jahre um ein Zwanzigstel gekürzt wird. Morgen hofft man den Rest des Gesetzes erledigen zu können.

Württemberg

Stuttgart, 30. November.

Ausdehnung der Selbsthilfe der Erwerbsbeschränkten. Der Stuttgarter Gemeinderat hat die Lösung der Selbsthilfe vom Arbeitsamt und ihre Ausdehnung in neuen größeren Räumen beschlossen. — Die Stuttgarter Handwerker und Gewerbetreibenden hatten kürzlich gegen die Erweiterung der Selbsthilfe durch gesunde Arbeiter Einspruch erhoben, da diese Ausgestaltung auf öffentliche Kosten dem Sinn der Selbsthilfe der Erwerbsbeschränkten widerspreche und unter ihrem Deckmantel die Gewerbetreibenden geschädigt werden.

Der Gemeinderat hat die Unterstützungssätze der Allgemeinen Fürsorge für Männer und Frauen vom 1. Dezember gleichermassen von 40 bzw. 37 auf 42 Mark monatlich erhöht. Die Sätze für Kleinrentner und Sozialrentner wurden mit sofortiger Wirkung von 52 bzw. 48 auf je 55 Mark für ein Ehepaar oder zwei Personen von gemeinsamem Haushalt von 82 auf 86 Mark erhöht. Die Unterstützungssätze für weitere Personen des betreffenden Haushalts wurden ebenfalls je um 5 v. H. aufgebessert.

Die Hochschulverlegung. Professor Dr. Ing. Wonaß hielt dieser Tage in der Technischen Hochschule vor der Studentenschaft einen Vortrag über die Frage der Hochschulverlegung. Er trat dabei für das Löwentorprojekt ein. Nach diesen neuen Plänen soll der Sportplatz gegen das Gelände des Abstellbahnhofs geschoben werden, so daß die ganze Hochschulanlage ein großes Hofeisen bilden würde, in dessen Mitte der Park unangetastet bleibt. Professor Wonaß führte weiter aus, daß das Ludwigsburger Projekt unbedingt ernst zu nehmen sei. Beim Weihenhofprojekt würde durch das starke Diagonalgefälle des Geländes das Bauen um mindestens 10 Prozent verteuert werden.

Tarifkündigung im Großhandel. Der Unternehmerverband des Großhandels hat den Angestellten-Verbänden die Kündigung des bestehenden Lohnvertrags zum 31. Dezember 1928 mitgeteilt. Neue Tarifverhandlungen werden im Dezember stattfinden.

Die arabischen Räume, Neckarstraße 68, ein Lebensmerk orientalisches Arabischer Architektur des verst. Fürsten Karl von Urach, Graf von Württemberg, müssen der Kälte wegen in der Zeit vom 1. Dezember 1928 bis 15. März 1929 geschlossen bleiben. Aber auch während dieser Zeit werden Interessenten, bei vorheriger Anmeldung, die Räume gezeigt werden.

Warenstreik auf dem Großmarkt. Nach einer Mitteilung der Fruchthändlervereinigung Württembergs ist die Beleuchtung des Großmarkts auf dem Dorotheen- und Karlsplatz derart mangelhaft, daß es ganz unmöglich ist, vor Tagesanbruch Geld und Waren zu unterscheiden. Zum Protest gegen den bestehenden Zustand soll morgen ein Warenstreik veranstaltet werden. Die wiederholt beantragte Verlängerung der Verkaufszeit bis 11 Uhr (statt 10 Uhr) hat das städtische Marktamt beharrlich abgelehnt. Es findet also am 1. Dezember auf dem genannten Platz kein Großmarkt statt.

Vom Tode. In einem Haus der Hofenerstraße in Cannstatt verübte eine 40 J. a. Frau durch Einatmen von Gas Selbstmord.

Aus dem Lande

Schwaigern, 30. Nov. Spende für die Brandgeschädigten. Verschiedene Heilbrommer Ladefirmen haben wertvolle Spenden in Bekleidungs- und Ausstattungsgegenständen gesandt und damit große Freude bei den Beschenkten bereitet. Aus den Nachbarorten kamen große Wagen mit Heu und Stroh angefahren, so daß auch das Vieh nicht Rot zu leiden braucht.

Großingersheim, 30. Nov. Einbruch in die Postagentur. In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag durchbohrten Diebe die Tür zum Postzimmer, wurden jedoch vermutlich gestört, da verschiedenes Diebeswerkzeug zerstreut in der Nähe des Hauses vorgefunden wurde. Die Einbrecher entwendeten ein im Hausgang stehendes neues Herrenfahrad.

Weikersheim, Ob. Mergentheim, 30. Nov. 70. Geburtstag. Kommerzienrat Andreas Lautuff, der Seniorchef der hiesigen Fabrik Lautuff für Kirchenorgeln und Orgelbestandteile, konnte heute seinen 70. Geburtstag feiern.

Urach, 30. Nov. Schneeverwehungen. Die Postkraftwagen der Linie Leinchingen—Urach konnten gestern infolge starker, oft meterhoher Schneeverwehungen nur mit mehrstündiger Verspätung verkehren. Ein Wagen mußte mit gebrochener Kette bei Jainingen abgeschleppt werden. Ein zweiter Wagen kam mit vierstündiger Verspätung hier an.

Münchingen, 30. Nov. Erdbebenstöße. Mittwoch früh gegen 3.30 Uhr haben Hausbewohner in den Schloßwiesen erdbebenartige Erschütterungen wahrgenommen. Dem Beben, das vielmals sehr deutlich wahrgenommen wurde, ging ein gewaltiger Sturm voraus.

Der neue Oberamtsparkassen-Direktor. Gestern vormittag hat im Bezirksratsaal hier eine außerordentliche Amtsversammlung an Stelle des so rasch dahingeschiedenen Oberamtsparkassen-Direktors August Hörner Schultheiß Frey, Auingen, einmütig zum Sparkassendirektor gewählt.

Tübingen, 30. Nov. Zur Gemeinderatswahl. Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Partei und Zentrumspartei haben eine Listenverbindung beschlossen. Die Demokratie hat abgelehnt.

Ebingen, 30. Nov. Roheit. Die 48 J. a. Anna Schind wurde von ihrem Stiefsohn derart in den Bauch getreten, daß sie nach Tübingen in die chirurgische Klinik übergeführt und dort sofort einer Operation unterzogen werden mußte. Ihr Zustand ist ernst.

Göppingen, 30. Nov. Ein Schwindler. Vor einigen Tagen wurde hier ein auswärtiger, stark vorbestrafter Sammelistenbetrüger festgenommen und dem hiesigen Amtsgericht zugeführt. Der Mann sammelte bei hiesigen Geschäftsleuten Gelder, die für einen angeblichen Armen- und Krankenverein zur Verteilung von Gaben auf Weibsbuben bestimmt sein sollten. Die Sammelliste einschließlich der Aufforderung, sowie der Ausweis war vom Täter selbst verfertigt und mit einem fingierten Namen unterzeichnet.

Neresheim, 30. Nov. Der neue Landrat. Der Staatspräsident hat den beim Oberamt Besigheim planmäßigen Regierungsrat Baretz bei der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperchaftsverwaltung zum Landrat in Neresheim ernannt.

Jettenhaujen, Ob. Tettnang, 30. Nov. Eine uralt Kelter. In dem Schuppen des Landwirts Eberle hier am Fußweg nach Berg befindet sich eine sehenswerte uralt eichene Kelter. Das Stuttgarter, Ulmer und Friedrichshafener Museum, die wegen des Ankaufs angegangen wurden, mußten wegen Platzmangels ablagen. Die Kelter soll nun an einen Holzhändler verkauft werden.

Von der bayerischen Grenze, 30. Nov. Vom Sturm erfaßt und schwer verletzt. Der Gemüsehändler Grober aus Treuchtlingen wurde, als er mit seinem Lastwagen Geflügel zur Ausstellung in Heidenheim bringen wollte, bei Oberhochstadt von einem Sturmwirbel an Berd erfaßt und mit großer Wucht an einen Baum geschleudert. Er wurde zwischen Baum und Wagen eingeklemmt und ihm der rechte Arm an der Achselhöhle herausgerissen. Der Windstoß riß auch den Führersitz und das Verdeck weg.

Vom bayerischen Allgäu, 30. Nov. Vor den Schranken des Gerichts. Das Kempener Schwurgericht verurteilte den 28 J. a. led. Zimmerer Kaver Rüber aus Berg bei Heimenkirch wegen 4 Verbrechen des Totschlagversuchs zu 5 Jahren Zuchthaus.

Lokales.

Wildbad, den 1. Dezember 1928.

Ausblick

Ein abnehmendes, aussichtsloses Leben ohne Ewigkeitshoffnung und Vorfreude des Himmels ist ein Schicksal zum Verzweifeln. Ohne Hoffnung und Glauben kann man den lebendigen Gott nicht haben, aus dessen Händen die Zukunft kommt. Er wartet auf Menschen, die über die Gegenwart hinaus schauen können, die schon in der Besorgnis die Luft und Freiheit ahnen, die an die unerlöschliche Kraft glauben, die mehr Wege hat, als wir berechnen können.

Zum Adventsfeft

Advent! — Das bedeutet für Kinder Lichtlein und Vorfreude. Einleitung der Weihnachtszeit mit all ihren geheimen Zauber. Möge diese Freude von recht vielen ausgekostet werden, in der Kinderstube bei so viel Vorbereitung, in der Kinderstube bei gesteigertem Gehorsam gegen Vater und Mutter, in der Dämmerabendsunde, wo man durch Fenster und Parkfenster dem Schneewirbel anschaut mit

